



PRO VITA – Bewegung für Menschenrecht auf Leben

Nr. 2/2017

A-3073 Stössing 32

Telefon: 0043 (0) 2744/67 150

E-Mail: verein@provita.at

Homepage: www.provita.at

Bankverbindung IBAN: AT35 6000 0000 0752 0222 BIC: OPSKATWW

ZVR-Zahl 280955592 GZ 02Z031039 M P.b.b.

VerlagsPA 3071 AufgabePA 3040

Liebe Mitglieder und Freunde!

Es ist **Wahlkampf**. Und ich stelle mir als Staatsbürger die Frage, wie ich mein Wahlrecht ausüben soll. Ich beabsichtige mit dieser Aussendung eine sehr persönlich gehaltene Stellungnahme, die für unsere Mitglieder und für meine Freunde einen Denkanstoß bilden soll. Geprägt sind meine Gedankengänge von meinem katholischen Glauben.

Selbstverständlich messe ich alle politischen Parteien und alle Politiker an ihrer Haltung zum echten Lebensschutz, also daran, ob sie das Leben des Menschen als das höchste Rechtsgut vorbehaltlos akzeptieren und sich dessen bewusst sind, dass die staatliche Rechtsordnung diese erste und wichtigste Aufgabe ernst nehmen sollte. Wenn menschliches Leben - also der Mensch - vom Beginn seines Daseins an den ihm zustehenden absoluten Schutz der Gesetze genießen muss, dann darf es keine künstliche Befruchtung, keine Leihmutterchaft und generell keine Manipulation mit und an menschlichen Embryonen geben. Dieser bedingungslose Respekt für jeden Menschen vom ersten Augenblick seiner Existenz an hat auch zur Konsequenz, dass diejenige menschliche Gemeinschaft privilegiert sein muss, die besonders für den ganz kleinen Menschen wichtig ist, nämlich die Familie. Es gibt nichts Wichtigeres als den echten Lebensschutz und den Schutz der **Familie**. Wir alle wissen, wie es darum bei uns bestellt ist. **Der Massenmord an den ungeborenen Kindern ist kein Wahlkampfthema, der Lebensschutz wird „nicht einmal ignoriert“**. Was den Schutz der Familie betrifft, so werden Maßnahmen, die der weiteren Zerstörung dienen, als familienfreundlich hingestellt. **Die Politik ist weit davon entfernt, die wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen dafür auch nur anzudenken, die den Müttern die Wahl lassen, ganz für ihre Kinder da zu sein**. Mit anderen Worten: Wo gibt es einen Politiker, der es wagt, irgendwelche Vorschläge zur Beseitigung oder auch nur zur Eindämmung der sogenannten Fristenlösung zu machen? Und wo gibt es einen Politiker, der die Homo-Privilegien und den familienzerstörenden Gender-Blödsinn offen bekämpft? Die Perversion und Absurdität ist schwer erträglich, dass es ein Menschenrecht sein soll, Kinder bei

lebendigem Leib zu zerstückeln (weil das angeblich allgemein akzeptiert und somit kein Thema ist), während andererseits seit Monaten der sogenannte Abgas-Skandal oder angebliche Fehlleistungen von US-Präsident Donald Trump die Berichterstattung beherrschen.

Hin und wieder ereifert man sich über einen Fall von sexuellem Kindesmissbrauch, während **staatliche Erziehungsprogramme gelobt werden, die zum Kindesmissbrauch auffordern bzw. dazu anleiten.** Damit ein neu hinzugekommener Leser diesen Vorwurf nachvollziehen kann, will ich zu diesem einen Punkt etwas ausführlicher werden. Dass sexueller Missbrauch auch zum staatlichen Erziehungsprogramm und zur Agenda von EU und UNO gehört, wurde von mir ausführlich dargestellt in einer Buchbesprechung im PRO VITA-Heft 1/2013, und zwar über das gut dokumentierte Werk von **Gabriele Kuby**: „Die globale sexuelle Revolution – Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit (ISBN 978-3-86357-032-3). Im Folgenden zitiere ich einige unglaubliche Dinge aus dieser Buchbesprechung: „Das Europäische Parlament und der Europarat verabschieden regelmäßig Resolutionen und Gesetze, welche darauf zielen, eine neue Ethik im Bereich von Sexualität und Familie durchzusetzen. Das magische Zauberwort, das solide Mehrheiten garantiert, heißt ‚Homophobie‘. ‚Jeder, der gegen solche Resolutionen stimmt, ist homophob, rassistisch, sexistisch und ganz allgemein ein Feind der Menschenrechte‘ (S. 142)... Das österreichische Bundesministerium für Justiz führte 2007 eine Schulung durch für ‚RichterInnen‘ zum Thema Justiz für Menschenrechte. Auf der hochkarätig besetzten Tagung bestand Konsens darüber, dass die Rechtsordnung der Vielfalt der sexuellen Lebensweisen anzupassen sei. Helmut Graupner, Jurist und Homo-Aktivist, forderte als Mindestaltersgrenze für straffreien Homo-Sex 14 Jahre und Informations- und Kommunikationsfreiheit für Pornographie und die vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Zivilehe. (S. 165) – ‚Das österreichische Institut für Sexualpädagogik hat im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst den Film ‚Sex, we can!‘ und dazu ein Manual für Lehrer und Erzieher erstellt‘ (S. 320)... Mit den Jugendlichen im Bild sieht der Zuschauer einen Porno-Clip mit Plastikpuppen inklusive Oral- und Analsex. Dies dient angeblich der Vermittlung von ‚Porno-Kompetenz‘. Ziel ist, ‚die sexuelle Bildung von Kindern ab null Jahren bis zur Volljährigkeit. Schon Babies sollen gezielt dabei unterstützt werden, Lustgefühle zu erzeugen‘. (S. 321). Die Weltgesundheitsorganisation WHO betreibt aktiv die Sexualisierung der Kinder und Jugendlichen. Der Mensch habe ab der Geburt ein Bedürfnis nach sexueller Betätigung und ein ‚Recht‘ darauf. Die Erwachsenen sollen diese Bedürfnisse von Anfang stimulieren, mit dem Kind in jeder Altersstufe über die sexuellen Vorgänge im Detail sprechen und ihnen Gelegenheit geben, ihre sexuellen Bedürfnisse auszuleben.“ (S. 335).

Hinter diesen von mir aufgezeigten Verbrechen und Schweinereien stehen aktiv die Politiker der SPÖ, der Grünen, der NEOS und die für die weltanschauliche Ausrichtung maßgeblichen Funktionäre der ÖVP. Meiner Beobachtung nach kann man in der FPÖ Politiker finden, die über diese Dinge wirklich empört sind. Ich mache ihnen aber zum Vorwurf, dass sie diesen Themen zumindest ausweichen. Hier drängt sich die Frage auf, ob dieses Geflecht von Bosheit und Lüge irgendwie zerschlagen werden kann.

Diese Frage treibt mich seit Jahrzehnten um. Das hat mich vor über zehn Jahren dazu gebracht, die politische Partei „**Die Christen**“ zu gründen, die bei den Nationalratswahlen 2008 mit mir als Spitzenkandidaten angetreten ist. Das für uns zugegeben enttäuschende Ergebnis hat dazu geführt, dass man mich als Obmann nicht mehr haben wollte, und ich schließlich die Mitarbeit aufgegeben habe. Wir hatten in allen Bundesländern Aktivisten und verteilt über Österreich ca. 100 Mitarbeiter, die sich fast alle wieder verabschiedet haben. Mein Konzept wäre gewesen, den Schwerpunkt auf die Arbeit in bestimmten Gemeinden zu konzentrieren. Aus den „Christen“ ist die Christliche Partei geworden, deren Funktionäre aber nicht in der Lage sind, die seinerzeit formulierten Anliegen entsprechend zu vertreten und Gleichgesinnte zu finden bzw. zu motivieren. Sollte dieser Partei ein Antreten bei der kommenden Nationalratswahl möglich sein, muss man davon ausgehen, dass eine ihr gegebene Stimme eine verlorene ist. Mit anderen Worten: Ich halte das Antreten dieser Partei zur kommenden Wahl für sinnlos.

Der Schlüssel für die Wiederherstellung eines geordneten Staatswesens ist für mich ein Laienapostolat gläubiger katholischer Staatsbürger, die sich zuerst einmal innerhalb der Kirche bemerkbar machen müssen. Man muss sich die Frage stellen, wie es denn möglich ist, dass in dem einstmals katholischen Österreich unser Glaube bei der Gestaltung von Recht und Gesetz überhaupt keine Bedeutung mehr hat. Und man muss sich auch die Frage stellen, warum eine Partei wie die ÖVP, zu deren Gründern die wirklich gläubigen Katholiken Julius Raab und Leopold Figl gehörten, ihre christlichen Wurzeln komplett vergessen hat und nur noch in heuchlerischer Art darauf zu sprechen kommt. Es ist in erster Linie das Versagen der Kirche selbst. Wir sollten uns bewusst sein, dass die tiefste Ursache für den Verlust der christlichen Identität unseres Landes dieses Versagen ist. Die Verkündigung des Glaubens – wenn sie überhaupt stattfindet – ist saft- und kraftlos geworden. Freilich ist Gott die personifizierte Liebe und selbstverständlich kann jeder Mensch bis zum letzten Augenblick seines Lebens die Barmherzigkeit Gottes in Anspruch nehmen. Doch was heißt es denn, wenn wir im Glaubensbekenntnis beten, dass Jesus Christus wiederkommen wird, die Lebenden und Toten zu richten? Wovon hat uns denn der Richter der Lebenden und Toten erlöst? Warum hat er dieses Erlösungswerk überhaupt vollbracht? Diese Fragen drängen sich auf, wenn man die heutige „**Wir kommen alle, alle, alle in den Himmel**“- Mentalität

betrachtet. Diese Mentalität macht den Glauben an eine notwendige Erlösung und an ein Gericht sinnlos. Dagegen muss die Verkündigung wieder zu Bewusstsein bringen, dass jeder Mensch einem Gericht entgegensieht, das für ihn negative und schreckliche Folgen haben kann, nämlich einen entsetzlichen Zustand der Gottesferne in alle Ewigkeit, den wir Verdammnis oder **Hölle** nennen. Es erstaunt mich, dass gerade im Jubiläumsjahr von **Fatima** (trotz kirchlicher Anerkennung und bekannter Höllenvision) diese Realität geleugnet oder vertuscht wird. Im gegebenen Zusammenhang konkret gesagt: Es wäre kein Fehler, jenen Politikern, die den Massenmord an den ungeborenen Kindern und die Zerstörung der Familie fördern, klar vor Augen zu halten, dass sie auf die Hölle zumarschieren.

Wir müssen dieses Wagnis auf uns nehmen, unseren Glauben unverkürzt bekennen und dafür auch Spott und Hohn riskieren. Es darf in Zukunft nicht mehr sein, dass Politiker oder führende Persönlichkeiten, die sich als Christen ausgeben, ihren Glauben an der Kirchentüre abgeben, wenn sie überhaupt die Kirche noch besuchen, und dass man in ihrem Wirken in Politik oder anderen Lebensbereichen nichts von ihrem Christsein merkt. Es fehlt das Bewusstsein, Rechenschaft ablegen zu müssen und die ewige Verdammnis zu riskieren. Wir können nur resignieren oder in dem von mir aufgezeigten Sinn dagegen ankämpfen.

Was heißt das nun alles für mein eigenes Wahlverhalten? Folgerichtig wäre, auf mein Wahlrecht zu verzichten oder eine ungültige Stimme abzugeben. Ich möchte aber doch das „Gewicht“ meiner Stimme in die Waagschale werfen und überlege daher, FPÖ zu wählen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil ich diese Partei dafür belohnen will, dass sie als einzige geschlossen im Jahre 2015 gegen das **Fortpflanzungsmedizingesetz** gestimmt hat, wogegen die ÖVP beinahe geschlossen dafür war. Für einen gläubigen Christen und Lebensschützer hat dieses Gesetz folgende Abscheulichkeiten gebracht und folgendes möglich gemacht: Eizellen-Spende, Samenspende für lesbische Paare, In-Vitro-Fertilisation – Befruchtung mit Spender-Samen, Präimplantationsdiagnostik.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Alfons Adam eh.

Stössing, im August 2017